

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 21. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Oktober 2010, um 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Niclas Herbst (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Anette Langner (SPD)

Rolf Fischer (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Hauke Göttsch (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit Vertretern der nationalen Minderheiten über ihre Kulturarbeit einschließlich ihrer laufenden Aktivitäten	5
2. Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich	12
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/522	
(überwiesen am 19. Mai 2010 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Euro- paausschuss)	
3. Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein unterstützen	13
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/670	
(überwiesen am 10. September 2010 an den Europaausschuss und an den Bildungs- ausschuss)	
- Verfahrensfragen -	
4. Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen	14
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/729	
(überwiesen am 10. September 2010 an den Europaausschuss und an den Sozial- ausschuss)	
- Verfahrensfragen -	
5. Ergebnisse der Landtagspräsidentenkonferenz und „Stuttgarter Erklärung“	15
Bekanntmachung des Präsidenten Drucksache 17/840	
- Verfahrensfragen -	

6. Planung einer auswärtigen Sitzung im deutsch-dänischen Grenzland am 24. November 2010 und Terminplanung für das 1. Halbjahr 2011 16

Umdruck 17/1349

7. Verschiedenes 17

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit Vertretern der nationalen Minderheiten über ihre Kulturarbeit einschließlich ihrer laufenden Aktivitäten

Herr Küssner, Vorsitzender von Sydslesvigsk Forening (SSF), betont einleitend, dass alle Minderheitenverbände vor ähnlichen Problemen stünden, wenn Mittel gekürzt würden. Vonseiten der Minderheit sei man bereit, einen Beitrag zum Sparen zu leisten, jedoch sei in der Landesverfassung geregelt, dass die Minderheiten auf Augenhöhe mit der Mehrheitsbevölkerung leben können sollten, und dies sei bei einer Kürzung der Mittel immer schwieriger. In den vergangenen Jahren sei der Mittelansatz für den SSF immer überrollt worden, was bereits einer effektiven Mittelkürzung entspreche, da Preissteigerungen so nicht aufgefangen worden seien. Sollten die Sparvorschläge so umgesetzt werden, werde aus seiner Sicht das Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit beeinträchtigt.

Abg. Herbst betont, er halte Äußerungen, dass die Sparvorschläge der Landesregierung das Zusammenleben von deutscher Mehrheitsbevölkerung und dänischer Minderheit gefährdeten, für problematisch. – Herr Küssner erwidert, dass die Verantwortung dafür in der Minderheitenpolitik der Landesregierung zu suchen sei. Aus seiner Sicht behandle man die Minderheiten im eigenen Land anders. Dies sei auch eine in Dänemark vielfach geäußerte Ansicht. Eine auf Augenhöhe betriebene Minderheitenpolitik Sorge auch für Grenzfrieden. Möglicherweise könne die Dänemark-Strategie der Landesregierung positive Auswirkungen haben.

Herr Jürgensen, Vorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, stellt kurz die Arbeit seines Verbandes vor, die hauptsächlich im Betreiben von Schulen, Kindergärten und in kultureller Arbeit bestehe. Zurzeit sehe man sich mit Kürzungen der Mittel der Europäischen Union, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein konfrontiert, was die Arbeit des Verbandes beeinträchtige. Zudem wachse der Druck aus der dänischen Bevölkerung, die ein stärkeres Engagement von deutscher Seite für die deutsche Minderheit in Dänemark fordere. Die größten Kürzungen zurzeit nehme die Bundesregierung vor, insgesamt handele es sich um 1,5 Millionen €. Auch der Mittelansatz für den Bund Deutscher Nordschleswiger werde seit über zehn Jahren überrollt, was insgesamt einer zusätzlichen Kürzung von 2,6 Millionen € entspreche. Das habe durch steigende Schülerzahlen in den

letzten Jahren kompensiert werden können, jedoch gehe man in nächster Zeit von einem Rückgang aus. Einsparungen seien nur schwer möglich, da der überwiegende Teil des Budgets für Personalkosten aufgewendet würde. Kürzungen seien nur aufzufangen, indem Schulstandorte geschlossen und lokale Angebote gestrichen würden.

Herr Nissen, Geschäftsführer des Friisk Foriining, betont, dass das Sparpotenzial bei kulturellen Einrichtungen generell aufgrund des geringen Anteils am Gesamtetat sehr gering sei. Gleichzeitig sei der Schaden, der durch Sparmaßnahmen entstehe, sehr groß. Im Fall der Verbände der friesischen Minderheit, die nicht auf die Unterstützung aus einem Mutterland zurückgreifen könne, bewirkten Sparmaßnahmen, dass der große Anteil der ehrenamtlichen Aktivitäten nicht mehr entsprechend durch hauptamtlich tätige Verbandsmitarbeiter unterstützt werden könne. Prekär sei die Lage beim Nordfriisk Instituut, dessen Haushaltsansätze ebenfalls mehrfach überrollt worden seien. Die zudem geplanten Kürzungen entsprächen einer Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters.

Herr Weiß, der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, führt aus, dass auch die Ansätze für den Verband Deutscher Sinti und Roma überrollt worden seien, was einer Kürzung gleichkomme. Die Minderheitenarbeit sei durch die darüber hinaus geplanten Kürzungen insgesamt gefährdet.

Herr Runz vom Dänischen Schulverein für Südschleswig trägt die in Anhang 1 dieser Niederschrift angefügte Präsentation vor.

Von Herrn Runz möchte Abg. Herbst wissen, wie hoch der Anteil der Schüler der dänischen Minderheit sei. - Herr Runz führt aus, mit der Anmeldung des Kindes an der Schule erklärten sich die Eltern zur Minderheit gehörig und würden dies auch im Rahmen der Aufnahme in die Schule unterschreiben.

Herr Jessen vom Bund Deutscher Nordschleswiger betont, dass die Schulen der deutschen Minderheit in Dänemark wie andere dänische Privatschulen auch organisiert seien. Für die deutschen Schulen gebe es keine eigenen Gesetze. Der Schulbesuch stehe auch Schülern offen, die nicht der deutschen Minderheit angehörten, was in den letzten Jahren zum Erhalt der Schulen habe beitragen können. Problematisch sei aus seiner Sicht, dass das Vereinsleben, das durch die Schließung von Einrichtungen in Gefahr gerate, nicht mehr wiederhergestellt werden könne.

Herr Jürgensen betont, dass man eine Schule bereits habe schließen müssen und dass sich dies auch auf das kulturelle Angebot negativ auswirke. Bei einer der vergangenen Sitzungen des

Kontaktausschusses habe man sich von dänischer Seite verwundert gezeigt, dass mittlerweile ein überwiegender Teil der Förderung vom dänischen Staat geleistet werde. Dies spiegele sich auch in der öffentlichen Meinung, zum Beispiel in Leserbriefen. Bedauerlicherweise wirke sich das sich verschlechternde Bild von Deutschland auch auf die Wahrnehmung der deutschen Minderheit in Dänemark aus.

Abg. Pauls führt aus, dass auch der Sachverständigenrat zur Umsetzung der Europäischen Sprachencharta bei einem Besuch im Schleswig-Holsteinischen Landtag betont habe, dass er eine Kürzung in der vorgesehenen Höhe kritisch sehe. Das von der Regierung in Auftrag gegebene Gutachten stehe dem Parlament bedauerlicherweise nicht zur Verfügung.

Abg. Funke interessiert, wie die Nachwuchsarbeit der Verbände aussehe, welche Gremienarbeit geleistet werde und wie der Friesensender, der kürzlich seine Arbeit aufgenommen habe, angenommen werde.

Herr Runz betont im Zusammenhang mit den vom Bund Deutscher Nordschleswiger angesprochenen Schulschließungen, dass man auch vonseiten des Dansk Skoleforening habe Rationalisierungsmaßnahmen umsetzen müssen, in den letzten zehn Jahren seien fünf Kindergärten und drei Schulen geschlossen worden. Auch südlich der Grenze sei zu beobachten, dass dort, wo Schulen geschlossen würden, die Minderheit aussterbe. Zur Wahrnehmung Deutschlands in Dänemark unterstreicht er, dass man im ganzen Süden Dänemarks empört gewesen sei, dass die Schülerbeförderungskosten durch den Kreis Schleswig-Flensburg nicht mehr übernommen würden. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark und zwischen den Minderheiten werde dadurch maßgeblich beeinträchtigt.

Auf eine Frage der Abg. Funke zu den höheren Kosten dänischer Schulen aufgrund der Sprache führt Herr Runz aus, dass insgesamt mehr Unterrichtsstunden aufgrund des Minderheitenschulwesens erteilt würden. Durch die höhere Stundenzahl entstünden auch höhere Kosten. Die Größe der Schulen und der Abstand der Schulen zueinander spiele auch eine Rolle. Diese Extra-Kosten würden von der dänischen Seite finanziert. Da die dänischen Schulen mit einer Verzögerung von zwei Jahren die gleichen Schülerkostensätze erhielten wie deutsche Schulen, würden Entwicklungen des öffentlichen Schulwesens nachvollzogen, also auch Kürzungen, obwohl die effektiven Kosten höher seien. Für diese Ungleichbehandlung habe man wenig Verständnis.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer zur Möglichkeit einer Verfassungsklage betont Herr Runz, dass man die Möglichkeit untersuche, aber nach wie vor hoffe, dass die Anstrengungen der Politik zu einem guten Ergebnis führten.

Herr Christiansen vom Sydslesvigsk Forening hebt hervor, dass ein wichtiger Teil der schleswig-holsteinischen Identität das Zusammenleben mit den Minderheiten sei. Man könne das nicht isoliert als schul- oder bildungspolitische Frage betrachten. Eingriffe in die Minderheitenpolitik hätten auch außenpolitische Konsequenzen. Ein wichtiger Punkt sei das Gleichstellungsprinzip.

Der Sydslesvigsk Forening sei – so fährt Herr Christiansen fort – das Haus der dänischen Minderheit, dessen Zielsetzung es sei, die dänische Sprache und Identität zu wahren und die Verbundenheit sowohl mit dem dänischen Mutterland als auch mit den deutschen Nachbarn zu pflegen. Der SSF sei die kulturelle Hauptorganisation der dänischen Minderheit. Es gebe eine Zusammenarbeit auch mit dem SSW. Die Hauptarbeit bestehe neben kulturellen Aktivitäten auch darin, die Interessen der dänischen Minderheit in Kopenhagen und Berlin zu verfolgen. Die Einsparvorschläge träfen, weil mehr als die Hälfte der Gelder an andere Organisationen weitergeleitet würden, auch diese.

Auf eine Frage der Abg. Funke zur Nachwuchsarbeit führt Herr Nissen vom Friisk Foriining aus, man habe kein Mutterland außerhalb des friesischen Sprachgebietes, das die Minderheitenarbeit unterstütze, deshalb habe man den Nachwuchs früh als wichtig erkannt. Ziel sei, die friesische Sprache in die nächste Generation zu bringen. Es gebe eine Jugendgruppe, die Veranstaltungen durchführe. Man versuche derzeit auch, ein Patenschaftssystem aufzubauen, um jungen Studierenden der Friesistik Unterstützung beim Lernen zu geben und die Sprache zu pflegen. Die Anzahl der Sprecher sei seit den 1970er-Jahren nicht wesentlich zurückgegangen, unter anderem auch deshalb, weil es zurzeit en vogue sei, eine kleine Sprache zu fördern. Aber es gebe auch zahlreiche Aktivitäten, zum Beispiel ein Minderheiten-Filmfestival in Husum.

Eine Kürzung bei den Projektmitteln – so führt Herr Nissen auf eine Frage des Abg. Thoroé aus – sei schwierig, auch wenn die institutionelle Förderung erhalten bleibe. Die Kürzungen für das Institut seien sehr schmerzhaft, weil man dadurch auch Schwierigkeiten bekomme, Projektmittel einzuwerben. Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip seien in keinem Fall sinnvoll.

Herr Runz spricht das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zu den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen an. In diesem Zusammenhang betont er, der Wissenschaftliche Dienst habe getan, worum er gebeten worden sei. In den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen stehe, dass Mitglieder der dänischen Minderheit im Vergleich zu anderen Staatsbürgern nicht anders behandelt werden dürften. Der Wissenschaftliche Dienst habe sich wahrscheinlich

nicht zu der Verknüpfung mit der Landesverfassung und die darin enthaltene Verpflichtung geäußert, ein System von Privatschulen einzurichten.

Herr Küssner betont, die Minderheiten hätten sich seit Jahren für das friedliche Miteinander der Menschen eingesetzt, und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass dies auch in Zukunft so sein solle. Auf die Frage der Abg. Funke zur Diskriminierung führt Herr Küssner aus, als diskriminierend werde empfunden, wenn ein Schulgesetz, das ursprünglich 100 % Unterstützung vorgesehen habe, geändert werde.

Herr Weiß vom Landesverband deutscher Sinti und Roma in Schleswig-Holstein erläutert auf eine Frage des Abg. Andresen, dass die Kürzungen nur die Kulturtitel betreffen, jedoch spürbar seien. Er plädiert dafür, vernünftig über die Minderheitenarbeit nachzudenken, da es aus seiner Sicht auch um Existenzen gehe, die durch die Sparpolitik bedroht würden.

Herr Jürgensen betont auf die Frage der Abg. Funke zur Nachwuchsarbeit, dass diese sehr gut laufe. Man beobachte häufig, dass Angehörige der Minderheiten sich auch dann noch zur Minderheit gehörig fühlten und ihre Kinder auch auf Schulen der Minderheit schickten, wenn sie mit einem Partner aus der Mehrheitsbevölkerung verheiratet wären. Die Jugendorganisation „Junge Spitzen“ sei sehr aktiv und sehr pro-europäisch eingestellt. Die Idee, eine Bewerbung für Sonderburg als Kulturhauptstadt Europas einzureichen, stamme auch aus dieser Organisation. Ein Vorteil, den Angehörige der Minderheit hätte, sei, beide Systeme zu kennen. Das habe Synergie-Effekte zur Folge. Herr Jürgensen betont, dass auch die Unterstützung aus Berlin nicht abreißen dürfe.

Abg. Fischer hebt hervor, dass ein anderes Wahlergebnis nichts ändern dürfe, weil gerade die Minderheit nicht die Möglichkeiten der Mehrheit hätten und aus diesem Grunde besonders – auch partei- und fraktionsübergreifend – geschützt werden müssten. Bisher sei das auch Konsens im Land gewesen.

Es müsse auch – so betont Abg. Fischer weiter – eine Debatte über die Zukunft geführt werden, weil es auch ein vitales Interesse der Mehrheit geben, die Minderheit zu fördern, denn sonst werde Kultur verloren gehen, die nicht wiederhergestellt werden könne, besonders im Hinblick auf die Minderheitensprachen.

Abg. Spoorendonk führt aus, dass sich das Niveau der Minderheitenförderung über die letzten 20 Jahre nur unwesentlich geändert habe. Jetzt zu sparen entspreche einer negativen Gleichstellung, weil man durch die Beibehaltung des Niveaus bereits gespart habe. Merkmal der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik sei, dass es sehr wenige gesetzliche Regelungen

gebe, das Schulgesetz sei eine der wenigen Ausnahmen. Bemerkenswert sei auch das Engagement auf der dänischen Seite, die deutlich die Betroffenheit durch das Thema zeige.

Die Arbeit der dänischen Minderheit – so fährt Abg. Spoorendonk fort – sei sehr vielfältig, mit zahlreichen Vereinen, die dem SSF angehörten. Der größte Teil der Zuschüsse an den SSF werde weitergeleitet. Auch der dänische Schulverein erhalte Geld für die Vereinsarbeit. Die Kompetenzanalyse, die vom Landtag in Auftrag gegeben worden sei, mache den Mehrwert der Minderheiten für die Region deutlich.

Abg. Wengler betont, dass man überall sparen müsse, also auch eine Gleichstellung im Hinblick auf Einsparungen zwischen Mehrheit und Minderheit erreichen müsse. Bei den geplanten Kürzungen müsse man auch berücksichtigen, was von dänischer Seite für die Minderheiten aufgewendet würde.

Herr Nissen erläutert, dass das Friesisch-Gesetz eine Förderung gewährleiste. Daran seien auch Politiker des Landtags maßgeblich beteiligt gewesen. Die Arbeit der Minderheitenbeauftragten auf Bundes- und Landesebene - so betont er auf eine Frage des Abg. Fischer - sei weniger intensiv, als man sich das vonseiten der Minderheit wünschen würde. - Herr Weiß ergänzt, dass Renate Schnack hervorragende Arbeit geleistet habe, Caroline Schwarz jedoch relativ neu auf dem Posten sei.

Herr Jürgensen unterstreicht auf eine Frage des Abg. Fischer, dass die bisherige Minderheitenarbeit immer parteiübergreifend gelöst worden sei. Man hoffe auch weiterhin, dass dies möglich sei. Er plädiert dafür, die Förderung der Minderheiten in einem breiten Konsens zu beschließen.

Herr Christiansen betont, man sei an einer engen und intensiven Zusammenarbeit mit den Minderheitenbeauftragten interessiert. So habe man versucht, die Zusammenarbeit nach vorn zu bringen. Aber besonders in den letzten Jahren sei die Zielsetzung der Funktion der Beauftragten etwas in Vergessenheit geraten. Wichtig sei besonders die von Abg. Fischer auch angesprochene Schutzfunktion jenseits der Förderung der Minderheiten. Gleichstellung und nationale Minderheitenpolitik in den Inhalten zu definieren, sei nach wie vor wichtig. Die Idee der Einrichtung eines Postens eines Beauftragten sei gut.

Herr Runz betont auf eine Frage des Abg. Heinemann zur Bewilligung der Schülerkostensätze, dass in der Tat das Problem bestehe, dass Haushaltsjahr und Schuljahr nicht deckungsgleich seien. Das momentan laufende Schuljahr sei unter den Finanzierungszusagen von 2010 geplant worden, die voraussichtlich ab dem 1. Januar 2011 nicht mehr gelten würden. Man

müsse also Geld – vor allem bei den Personalkosten – sparen. Schulschließungen und Entlassungen seien kaum zu verhindern. Er hebt hervor, dass die Minderheitenpolitik auf breitem Konsens beruhen müsse. Sie dürfe auch nicht nur dann umgesetzt werden, wenn es die konjunkturelle Lage zulasse. Die Unterstützung der dänischen Seite sei größer als die der deutschen Seite, dieses Geld werde vom Dänischen Schulverein auch dafür genutzt, die ohnehin höheren Kosten zur Unterhaltung der Schulen zu decken. Im Prinzip handele es sich dabei aber auch um Regionalförderungsmittel für das Land Schleswig-Holstein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/522

Abg. Spoorendonk schlägt vor, eine mündliche Anhörung zu dem Thema ergänzend zu der durchgeführten schriftlichen Anhörung durchzuführen. Darin könnte auch die konstruktive Stellungnahme des Kreises Nordfriesland eine Rolle spielen, zu der man sich noch einmal mündlich berichten lassen könnte. Im Beirat Niederdeutsch sei zudem kürzlich in einer Sitzung darüber berichtet worden, dass die Umsetzung der Sprachförderung im regionalen Bereich immer wieder Schwierigkeiten bereite. Auch dazu könne man Vertreter einladen. Minderheiten- und Regionalsprachen sollten dabei nicht gegeneinander nicht ausgespielt werden. Aber die Regionalsprache Niederdeutsch sollte ebenfalls ein Gewicht in der Anhörung bekommen.

Abg. Herbst schlägt vor, dem Innen- und Rechtsausschuss als federführendem Ausschuss zu empfehlen, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/670

Nach einer Diskussion beschließt der Ausschuss, die Beratung des Antrags auf eine der kommenden Sitzungen zu vertagen und gegebenenfalls Mitglieder der Landesregierung zu diesem Thema in den Ausschuss einzuladen. Dabei solle auch thematisiert werden, wie man mit dem von Abg. Spoorendonk angesprochenen Problem umgehen könne, dass sich die europäische Kulturförderung in der Regel nicht auf Minderheitensprachen beziehe.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/729

Abg. Fischer regt an, Vertreter der die Initiativen in Archangelsk tragenden Vereine in den Ausschuss einzuladen. Auf Vorschlag von Abg. Funke solle auch die Landesregierung zu dem Thema berichten. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Ergebnisse der Landtagspräsidentenkonferenz und „Stuttgarter Erklärung“

Bekanntmachung des Präsidenten
Drucksache 17/840

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, das Thema in einer der kommenden Sitzungen wieder auf die Tagesordnung zu setzen und in den Fraktionen zu eruiieren, wie eine gemeinsame Positionierung stattfinden könne.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Planung einer auswärtigen Sitzung im deutsch-dänischen Grenzland am
24. November 2010 und Terminplanung für das 1. Halbjahr 2011**

Umdruck 17/1349

Den Terminplan für das 1. Halbjahr 2011 beschließt der Ausschuss einstimmig.

Der Ausschuss beschließt darüber hinaus, eine auswärtige Sitzung des Ausschusses im deutsch-dänischen Grenzland durchzuführen. Als Termin für diese auswärtige Sitzung im deutsch-dänischen Grenzland fasst er den 30. März 2011 ins Auge.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Voß berichtet von den Ergebnissen der Vorbereitungssitzung zum Parlamentsforum Südliche Ostsee in Danzig. Ziel sei gewesen, konzentrierter an bestimmten Themen, zum Beispiel der Umsetzung der Ostseestrategie, zu arbeiten. Zur Terminfrage betont der Vorsitzende, dass man darauf drängen werde, das Parlamentsforum direkt im Anschluss an den Europäischen Tag des Meeres durchzuführen, um die Möglichkeit, für die südliche Ostseeregion Lobbyarbeit zu betreiben, nicht verstreichen zu lassen. Der Ausschuss unterstützt diese Planung.

Der Vorsitzende berichtet zudem von der Sitzung des Standing Committee in Berlin, bei dem die Ostseeparlamentarierkonferenz von Mariehamn nachbesprochen worden sei. Von den Vertretern Russlands sei vorgeschlagen worden, als eines der nächsten Themen das Zusammenbringen von ökologischen und ökonomischem Fortschritt ins Auge zu fassen. Dazu gehöre auch Forschung und Bildung, man wolle diesbezüglich dem Standing Committee noch einen Brief schreiben.

Auf eine Frage der Abg. Funke zur Einrichtung eines Bildungs- und Forschungsraums in der Ostsee führt RL Schmidt Holländer aus, dass es Aktivitäten in dieser Richtung gebe. Es gebe unter anderem ein Flugschiff-Projekt, das sich mit Ausbildung für den Arbeitsmarkt beschäftige. Der Vorsitzende bemerkt, dass man bereits Themen für das Parlamentsforum erörtert habe, bei dem Schleswig-Holstein die Gastgeberrolle zufalle. Unter anderem seien auch grenzüberschreitende Aspekte berufliche Bildung dabei gewesen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12.55 Uhr.

gez. Bernd Voß

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer